



Ausgabe 42 | Oktober 2020

LEXinform-Newsletter

Sehr geehrte Damen und Herren,

heute erhalten Sie Ihren wöchentlichen LEXinform Newsletter mit aktuellen Meldungen.

Ihre LEXinform Newsletter-Redaktion

INHALTSVERZEICHNIS

> Steuern

Bundesfinanzhof

- > Steuerbarkeit einer als "Verdienstausschüttung" bezeichneten Versicherungsleistung bei einem 12-jährigen Verkehrsunfallopfer
- > Aufwendungen für die Inanspruchnahme einer Eventagentur bei der Bewertung von Sachzuwendungen nach § 8 Abs. 2 Satz 1 und nach § 37b Abs. 1 Satz 2 EStG
- > Anwendung des Abgeltungsteuersatzes bei der Darlehensgewährung an eine GmbH durch eine dem Anteilseigner nahe stehende Person
- > Steuerpflichtiger Zinsertrag bei verbilligter Veräußerung eines Hausgrundstücks gegen Rentenzahlungen
- > Gewinne aus der Veräußerung von "Gold Bullion Securities" Inhaberschuldverschreibungen sind ein Jahr nach der Anschaffung nicht steuerbar
- > Erbschaftsteuerfestsetzung gegen unbekannte Erben
- > Erstmöglicher Eintritt der Voraussetzungen für einen erfolgreichen Antrag auf Günstigerprüfung nach Eintritt der Bestandskraft
- > EuGH-Vorlage zum Umsatzsteuersatz auf Lieferungen von Holzhackschnitzeln

Finanzgerichte

- › Verfassungsmäßigkeit der Abzugs- und Rücktragsbeschränkung für Spenden und Mitgliedsbeiträge
- › Berücksichtigung einer einmaligen Kapitalleistung beim Vermögen eines behinderten Kindes
- › Führt der Verzicht eines Gesellschafters auf Teilnahme an einer Kapitalerhöhung einer Kapitalgesellschaft gegen Wertausgleich zu einer gemischten Schenkung an die Mitgesellschafter?
- › Optionsverschonung kann bei einheitlicher Schenkung mehrerer KG-Anteile nur einheitlich angewendet werden
- › Berechnung des Jahreswerts eines Nießbrauchsrechts
- › Ausschluss der erweiterten Kürzung nach § 9 Nr. 1 Satz 5 Nr. 1a GewStG gilt auch, wenn der Gesellschafter nicht gewerbesteuerpflichtig ist
- › Aufhebung der Wegzugsbesteuerung nach Anteilsveräußerung setzt die Abgabe einer Steuererklärung im Zuzugsstaat voraus
- › Grunderwerbsteuer für den Kauf eines Hauses einer Familie für Wohnzwecke verfassungsgemäß
- › Vorsteuerabzug aus Gutschriften und Rechnungen für Edelmetalllieferungen bei unklaren Geschäftsbeziehungen
- › Verkauf von Gutscheinen ist eine umsatzsteuerbare Leistung

Finanzverwaltung

- › Anwendung des § 8b Abs. 2 KStG auf Erträge aus Währungssicherungsgeschäften
- › Anwendung des § 6a Grunderwerbsteuergesetz (GrEStG)
- › Bundesregierung beschließt Gesetzentwurf zur effektiveren Verfolgung von Geldwäsche
- › Einfuhrumsatzsteuer; Bekanntgabe des Anwendungszeitpunktes für die Änderung des Fälligkeitstermins (§ 21 Abs. 3a UStG)
- › Umsatzsteuer; Gesetz zur weiteren steuerlichen Förderung der Elektromobilität und zur Änderung weiterer steuerlicher Vorschriften; Einführungsschreiben zu den geänderten Anforderungen bei innergemeinschaftlichen Lieferungen

Weitere Meldungen

- › Bei welchen Mandanten mit Kirchensteuer-Erstattungsüberhang könnte zu prüfen sein, ob die Kirchensteuer-Erstattung dem Gesamtbetrag der Einkünfte hinzuzurechnen ist, wenn sich die Kirchensteuer nicht steuermindernd ausgewirkt hat?
- › In welchem Umfang darf eine Bilanz geändert werden?

Arbeit und Soziales

- › Ruhegeld ? Ablösung ? Überversorgung
- › Betriebliche Altersversorgung ? Ablösung einer Versorgungszusage
- › Bundeskabinett beschließt Sozialversicherungsrechengrößen 2021

Wirtschaftsrecht

- › Referentenentwurf zur Umsetzung der EU-Urheberrechtsrichtlinien vorgelegt

Zivilrecht

- › Reform für ein modernes und wettbewerbsfähiges Sanierungs- und Insolvenzrecht auf den Weg gebracht

› Wirtschaft

Branchen

- › Ifo-Konjunkturtest Einzelhandel

Steuern

Bundesfinanzhof

Steuerbarkeit einer als "Verdienstausschüttung" bezeichneten Versicherungsleistung bei einem 12-jährigen Verkehrsunfallopfer

Bundesfinanzhof, IX-R-15/19, Urteil vom 26.05.2020

Erhält ein im Zeitpunkt des schädigenden Ereignisses 12-jähriges Verkehrsunfallopfer von der Versicherung des Schädigers nach Schweizer Recht Ersatz für den verletzungsbedingt erlittenen, rein hypothetisch berechneten Erwerbs- und Fortkommenschaden, kommt eine Anwendung von § 24 Nr. 1 Buchst. a EStG nicht in Betracht, wenn die Vereinbarung der an der Schadensregulierung Beteiligten ? trotz der Bezeichnung der gewährten Versicherungsleistung als "Verdienstausschüttung" ? nicht dahin gedeutet werden kann, dass damit Ersatz für steuerbare Einnahmen aus einer konkreten, d.h. bestimmten oder jedenfalls hinreichend bestimmbar Einkunftsquelle i.S. des § 2 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis 7 EStG gezahlt werden sollte.

› **mehr in LEXinform 0952342 | Einkommensteuer/Lohnsteuer**



Aufwendungen für die Inanspruchnahme einer Eventagentur bei der Bewertung von Sachzuwendungen nach § 8 Abs. 2 Satz 1 und nach § 37b Abs. 1 Satz 2 EStG

Bundesfinanzhof, VI-R-13/18, Urteil vom 13.05.2020

1. Wird die Höhe des dem Arbeitnehmer zugeflossenen Sachbezugs ? hier die Teilnahme an einer (betrieblichen) Veranstaltung ? im Wege einer Schätzung anhand der Kosten des Arbeitgebers bestimmt, sind in die Schätzungsgrundlage nur solche Kosten des Arbeitgebers einzubeziehen, die geeignet sind, beim Arbeitnehmer einen geldwerten Vorteil auszulösen. Die Aufwendungen für einen Eventmanager sind nicht zu berücksichtigen.
2. In die Bemessungsgrundlage nach § 37b Abs. 1 Satz 2 EStG sind demgegenüber alle der Zuwendung direkt zuzuordnenden Aufwendungen (Einzelkosten) einzubeziehen, ungeachtet, ob sie beim Zuwendungsempfänger einen Vorteil begründen können. Besteht die Zuwendung in der kostenlosen oder verbilligten Teilnahme an einer (betrieblichen) Veranstaltung, gehören zu diesen Aufwendungen auch die Kosten eines Eventmanagers....

➤ **mehr in LEXinform 0951892 |**
Einkommensteuer/Lohnsteuer



Anwendung des Abgeltungsteuersatzes bei der Darlehensgewährung an eine GmbH durch eine dem Anteilseigner nahe stehende Person

Bundesfinanzhof, VIII-R-5/17, Urteil vom 16.06.2020

§ 32d Abs. 2 Nr. 1 Buchst. a EStG ist kein Auffangtatbestand für den Ausschluss von Kapitalerträgen gemäß § 20 Abs. 1 Nr. 7 EStG aus dem gesonderten Tarif (§ 32d Abs. 1 EStG), wenn die Voraussetzungen des Ausschlussgrundes gemäß § 32d Abs. 2 Nr. 1 Buchst. b EStG nicht erfüllt sind.

➤ **mehr in LEXinform 0951386 |**
Einkommensteuer/Lohnsteuer



Steuerpflichtiger Zinsertrag bei verbilligter Veräußerung eines Hausgrundstücks gegen Rentenzahlungen

Bundesfinanzhof, VIII-R-3/17, Pressemitteilung vom 15.10.2020

Übertragen Eltern im Wege der vorweggenommenen Erbfolge ein Grundstück samt aufstehendem Gebäude gegen eine Veräußerungszeitrente an ihre Kinder, fließen den Eltern mit den Rentenzahlungen steuerpflichtige Zinseinkünfte gemäß § 20 Abs. 1 Nr. 7 EStG zu, soweit die Rentenzahlungen nicht auf den Unterschiedsbetrag zwischen dem Barwert des Rentenstammrechts zu Beginn und zum Ende des jeweiligen Kalenderjahres entfallen. Unerheblich ist, ob es sich um eine teilentgeltliche Übertragung handelt, bei der die Summe der Rentenzahlungen niedriger als der

Verkehrswert der Immobilie im Übertragungszeitpunkt ist. Dies hat der BFH entschieden.

**> mehr in LEXinform 0457390 |
Einkommensteuer/Lohnsteuer**



Gewinne aus der Veräußerung von "Gold Bullion Securities" Inhaberschuldverschreibungen sind ein Jahr nach der Anschaffung nicht steuerbar

Bundesfinanzhof, VIII-R-7/17, Pressemitteilung vom 15.10.2020

Der BFH hat seine Rechtsprechung fortgesetzt, nach der es sich bei der Veräußerung an der Börse gehandelter Inhaberschuldverschreibungen, die einen Anspruch gegen die Emittentin auf Lieferung physischen Goldes verbriefen und den aktuellen Goldpreis abbilden, nicht um die steuerpflichtige Veräußerung einer Kapitalforderung handelt.

**> mehr in LEXinform 0457389 |
Einkommensteuer/Lohnsteuer**



Erbschaftsteuerfestsetzung gegen unbekannte Erben

Bundesfinanzhof, II-R-40/17, Pressemitteilung vom 15.10.2020

Der BFH hat entschieden, dass auch unbekannte Erben zur Erbschaftsteuer herangezogen werden können. Zumindest dann, wenn ausreichend Zeit bestand, die wahren Erben zu ermitteln, dies aber nicht gelungen ist.

**> mehr in LEXinform 0457391 |
Erbschaft-/Schenkungsteuer**



Erstmaliger Eintritt der Voraussetzungen für einen erfolgreichen Antrag auf Günstigerprüfung nach Eintritt der Bestandskraft

Bundesfinanzhof, VIII-R-6/17, Urteil vom 14.07.2020

Die Festsetzung der Steuer in einem Änderungsbescheid nach Eintritt der Bestandskraft, die aufgrund der im Änderungsbescheid berücksichtigten Besteuerungsgrundlagen erstmals eine erfolgreiche Antragstellung gemäß § 32d Abs. 6 EStG ermöglicht, ist ein rückwirkendes Ereignis i.S. des § 175 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 AO, das einen korrekturbedürftigen Zustand auslöst.

**> mehr in LEXinform 0951421 | Steuerliches
Verfahrensrecht**



EuGH-Vorlage zum Umsatzsteuersatz auf Lieferungen von Holzhackschnitzeln

Bundesfinanzhof, V-R-6/18, Beschluss vom 10.06.2020

Dem EuGH werden folgende Fragen zur Vorabentscheidung vorgelegt:

1. Ist der Begriff des Brennholzes in Art. 122 der Richtlinie 2006/112/EG dahin auszulegen, dass er jegliches Holz umfasst, das nach seinen objektiven Eigenschaften ausschließlich zum Verbrennen bestimmt ist?
2. Kann ein Mitgliedstaat, der auf der Grundlage von Art. 122 der Richtlinie 2006/112/EG einen ermäßigten Steuersatz für Lieferungen von Brennholz schafft, dessen Anwendungsbereich entsprechend Art. 98 Abs. 3 der Richtlinie 2006/112/EG anhand der Kombinierten Nomenklatur genau abgrenzen?....

➤ **mehr in LEXinform 4222281 | Umsatzsteuer**



Finanzgerichte

Verfassungsmäßigkeit der Abzugs- und Rücktragsbeschränkung für Spenden und Mitgliedsbeiträge

Finanzgericht Münster, 5-K-3940/18-F, Urteil vom 27.08.2020

Die Abzugs- und Rücktragsbeschränkung für Zuwendungen (Spenden und Mitgliedsbeiträge) gemäß § 10b Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 EStG und § 10b Abs. 1 Satz 9 EStG ist verfassungsgemäß.

➤ **mehr in LEXinform 5023281 | Einkommensteuer/Lohnsteuer**



Berücksichtigung einer einmaligen Kapitalleistung beim Vermögen eines behinderten Kindes

Finanzgericht München, 12-K-2928/19, Urteil vom 21.07.2020

Eine einmalige Kapitalleistung aus einer vor dem 1. Januar 2005 für das behinderte Kind abgeschlossenen Rentenversicherung mit Kapitalwahlrecht zählt zum Vermögen des Kindes und wird deshalb bei der Prüfung, ob das volljährige behinderte Kind außerstande ist, sich selbst zu unterhalten, nicht berücksichtigt.

➤ **mehr in LEXinform 5023278 | Einkommensteuer/Lohnsteuer**



Führt der Verzicht eines Gesellschafters auf Teilnahme an einer Kapitalerhöhung einer Kapitalgesellschaft gegen Wertausgleich zu einer gemischten Schenkung an die Mitgesellschafter?

Finanzgericht Baden-Württemberg, 7-K-2351/17, Pressemitteilung vom 15.10.2020

Das FG Baden-Württemberg hat entschieden, dass der Verzicht eines Gesellschafters auf Teilnahme an einer Kapitalerhöhung einer Kapitalgesellschaft gegen Wertausgleich nicht zu einer gemischten Schenkung an die Mitgesellschafter führt.

› **mehr in LEXinform 0457392 | Erbschaft-/Schenkungssteuer**



Optionsverschonung kann bei einheitlicher Schenkung mehrerer KG-Anteile nur einheitlich angewendet werden

Finanzgericht Münster, 3-K-2317/19-Erb, Mitteilung vom 15.10.2020

Das FG Münster hat entschieden, dass die Verwaltungsvermögensquote bei der einheitlichen Schenkung mehrerer Kommanditanteile für jeden Anteil gesondert zu ermitteln ist, der Antrag auf Optionsverschonung nach § 13a Abs. 8 ErbStG a.F. nur einheitlich für die gesamte Schenkung gestellt werden kann.

› **mehr in LEXinform 0457386 | Erbschaft-/Schenkungssteuer**



Berechnung des Jahreswerts eines Nießbrauchsrechts

Finanzgericht Münster, 3-K-722/16-Erb, Urteil vom 27.08.2020

Bei einer Grundstücksübertragung gegen Vorbehaltsnießbrauch mindern die vom Nießbraucher weiterhin zu tragenden Zins- und Tilgungsleistungen den nach § 10 Abs. 5 ErbStG zu berücksichtigenden Wert des Nießbrauchsrechts nicht.

› **mehr in LEXinform 5023280 | Erbschaft-/Schenkungssteuer**



Ausschluss der erweiterten Kürzung nach § 9 Nr. 1 Satz 5 Nr. 1a GewStG gilt auch, wenn der Gesellschafter nicht gewerbesteuerpflichtig ist

Finanzgericht Düsseldorf, 9-K-3300/18-G-F, Mitteilung vom 09.10.2020

Aufgrund der sog. erweiterten Kürzung unterliegen Erträge von Grundstücksunternehmen, soweit sie aus der Verwaltung und Nutzung eigenen Grundbesitzes resultieren, im Ergebnis nicht der Gewerbesteuer. Das FG Düsseldorf hat zu der Frage Stellung genommen, ob der Ausschluss der erweiterten Kürzung für Sondervergütungen auch gilt, wenn der Gesellschafter nicht der Gewerbesteuer unterliegt.

› **mehr in LEXinform 0457363 | Gewerbesteuer**



Aufhebung der Wegzugsbesteuerung nach Anteilsveräußerung setzt die Abgabe einer Steuererklärung im Zuzugsstaat voraus

Finanzgericht Münster, 5-K-3356/17-E, Mitteilung vom 15.10.2020

Ein Einkommensteuerbescheid, mit dem ein fiktiver Veräußerungsgewinn von Kapitalgesellschaftsanteilen aufgrund eines Wegzugs ins EU-Ausland festgesetzt wurde, wird aufgehoben, wenn die Anteile später zu einem niedrigeren Wert verkauft werden und die Wertminderung im Zuzugsstaat "nicht berücksichtigt" wird (§ 6 Abs. 6 Satz 1 AStG). Das FG Münster hat entschieden, dass diese Regelung nicht eingreift, wenn im Zuzugsstaat keine Steuererklärung abgegeben wird.

› mehr in LEXinform 0457385 | Internationales Steuerrecht



Grunderwerbsteuer für den Kauf eines Hauses einer Familie für Wohnzwecke verfassungsgemäß

Finanzgericht Münster, 8-K-470/19-GrE, Urteil vom 20.08.2020

Die Festsetzung von Grunderwerbsteuer für den Kauf eines Hauses einer Familie für Wohnzwecke ist verfassungsgemäß.

› mehr in LEXinform 5023283 | Sonstiges Steuerrecht



Vorsteuerabzug aus Gutschriften und Rechnungen für Edelmetalllieferungen bei unklaren Geschäftsbeziehungen

Finanzgericht Baden-Württemberg, 1-K-2492/19, Pressemitteilung vom 15.10.2020

Das FG Baden-Württemberg hat entschieden, dass der Kläger die Voraussetzungen für einen Vorsteuerabzug darzulegen habe. Habe das Gericht Zweifel daran, dass die Lieferungen tatsächlich vom Rechnungsaussteller an den Kläger ausgeführt worden sind, sei insoweit ein Vorsteuerabzug ausgeschlossen.

› mehr in LEXinform 0457393 | Umsatzsteuer



Verkauf von Gutscheinen ist eine umsatzsteuerbare Leistung

Finanzgericht Münster, 5-K-1404/18-U, Mitteilung vom 15.10.2020

Das FG Münster hat entschieden, dass der Verkauf von Gutscheinen für Freizeiterlebnisse über das Internet eine steuerbare Leistung an den Kunden und keine Vermittlungsleistung an den Veranstalter darstellt.

› mehr in LEXinform 0457387 | Umsatzsteuer



Finanzverwaltung

Anwendung des § 8b Abs. 2 KStG auf Erträge aus Währungssicherungsgeschäften

Bundesministerium der Finanzen, IV C 2 - S-2750a / 19 / 10005 :002, Schreiben (koordinierter Ländererlass) vom 05.10.2020

In Konstellationen eines ?antizipativen? Sicherungsgeschäfts ist nach dem Urteil des BFH vom 10. April 2019, I R 20/16, der erforderliche Veranlassungszusammenhang allerdings nur dann gegeben, wenn das Sicherungsgeschäft aus Sicht des späteren Veräußerers ausschließlich auf Minimierung des Währungskursrisikos in Bezug auf die konkret erwarteten Veräußerungserlöse ausgerichtet ist (?Micro Hedges?). Unspezifische globale Absicherungen für Währungskursrisiken einer Vielzahl von Grundgeschäften (?Macro?- oder ?Portfolio Hedges?) sind nicht zu berücksichtigen. Das BMF nimmt zur Anwendung dieser Grundsätze Stellung.

> mehr in LEXinform 7012456 | Körperschaftsteuer



Anwendung des § 6a Grunderwerbsteuergesetz (GrEStG)

Ministerium für Finanzen Baden-Württemberg, 3 - S-4501 / 73, Erlass (koordinierter Ländererlass) vom 22.09.2020

Die obersten Finanzbehörden der Länder haben gleichlautende Erlasse zur Anwendung des § 6a GrEStG nach den Urteilen des Bundesfinanzhof vom 21. und 22. August 2019 veröffentlicht.

> mehr in LEXinform 7012458 | Sonstiges Steuerrecht



Bundesregierung beschließt Gesetzentwurf zur effektiveren Verfolgung von Geldwäsche

Bundesministerium der Finanzen, Pressemitteilung vom 14.10.2020

Die Bundesregierung hat am 14.10.2020 den von der Bundesministerin der Justiz und für Verbraucherschutz vorgelegten Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung der strafrechtlichen Bekämpfung der Geldwäsche beschlossen. Mit dem Gesetzentwurf sollen die Grundlagen für eine effektive und konsequente strafrechtliche Verfolgung von Geldwäsche weiter gestärkt werden.

> mehr in LEXinform 0457381 | Steuerstrafrecht



Einfuhrumsatzsteuer; Bekanntgabe des Anwendungszeitpunktes für die Änderung des Fälligkeitstermins (§ 21 Abs. 3a UStG)

Bundesministerium der Finanzen, III B 1 - Z-8201 / 19 / 10001 :005, Schreiben vom 06.10.2020

Mit dem Zweiten Corona-Steuerhilfegesetz wurde die Fälligkeit der Einfuhrumsatzsteuer, für die ein Zahlungsaufschub bewilligt ist, im Sinne einer "großen Fristenlösung" auf den 26. des zweiten auf die Einfuhr folgenden Monats und somit um circa 40 Tage verschoben. Der Anwendungszeitpunkt wird mit diesem BMF-Schreiben bekanntgegeben.

[› mehr in LEXinform 7012457 | Umsatzsteuer](#)



Umsatzsteuer; Gesetz zur weiteren steuerlichen Förderung der Elektromobilität und zur Änderung weiterer steuerlicher Vorschriften; Einführungsschreiben zu den geänderten Anforderungen bei innergemeinschaftlichen Lieferungen

Bundesministerium der Finanzen, III C 3 - S-7140 / 19 / 10002 :007, Schreiben (koordinierter Ländererlass) vom 09.10.2020

Das BMF hat in seinem Schreiben die Umsatzsteuerbefreiung für innergemeinschaftliche Lieferungen aufgrund des Gesetzes zur weiteren steuerlichen Förderung der Elektromobilität und zur Änderung weiterer steuerlicher Vorschriften vom 12. Dezember 2019 angepasst.

[› mehr in LEXinform 7012460 | Umsatzsteuer](#)



Weitere Meldungen

Bei welchen Mandanten mit Kirchensteuer-Erstattungsüberhang könnte zu prüfen sein, ob die Kirchensteuer-Erstattung dem Gesamtbetrag der Einkünfte hinzuzurechnen ist, wenn sich die Kirchensteuer nicht steuermindernd ausgewirkt hat?

DATEV Redaktion LEXinform, Produktinformation vom 15.10.2020

Den Aufruf dieser aktuellen Auswertungen sowie Informationen zum Daten-Analyse-System finden Sie im Dokument 2300017 in LEXinform/Info-Datenbank.

[› mehr in LEXinform 2300017 |](#)

[Einkommensteuer/Lohnsteuer](#)



In welchem Umfang darf eine Bilanz geändert werden?

Deubner Verlag, Anmerkung vom 13.10.2020

Ein "Gewinn" i.S.d. § 4 Abs. 2 Satz 2 EStG ist ein Bilanzgewinn i.S.d. § 4 Abs. 1 EStG und nicht ein steuerlicher Gewinn, so dass eine Bilanzänderung lediglich in dieser Höhe möglich ist.



Recht

Arbeit und Soziales

Ruhegeld ? Ablösung ? Überversorgung

Bundesarbeitsgericht, 3-AZR-410/19, Pressemitteilung vom 13.10.2020

Liegt ein Fall der planmäßigen Überversorgung vor, können im öffentlichen Dienst die Anforderungen der sparsamen und wirtschaftlichen Haushaltsführung die Anpassung von Versorgungsregelungen, wie etwa die Einführung einer sog. Nettolimitierung, rechtfertigen. Die Grundsätze des Vertrauensschutzes und der Verhältnismäßigkeit können die Änderung einer Anpassungsregelung stützen. Das hat das BAG entschieden.

› mehr in LEXinform 0457377 | **Arbeitsrecht**



Betriebliche Altersversorgung ? Ablösung einer Versorgungszusage

Bundesarbeitsgericht, 3-AZR-246/20, Pressemitteilung vom 13.10.2020

Das BAG hat entschieden, dass dem Anspruch eines Versorgungsempfängers auf richtige Berechnung seiner Ausgangsrente auf der Grundlage einer Betriebsvereinbarung ? und damit die Überprüfung der Wirksamkeit einer Ablösung einer früheren, günstigeren Versorgungsordnung ? der Einwand der Verwirkung aus § 242 BGB nicht entgegengehalten werden kann.

› mehr in LEXinform 0457378 | **Arbeitsrecht**



Bundeskabinett beschließt Sozialversicherungsrechengrößen 2021

Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Pressemitteilung vom 14.10.2020

Das Kabinett hat am 14.10.2020 die Verordnung über die Sozialversicherungsrechengrößen 2021 beschlossen. Mit der Verordnung werden die maßgeblichen Rechengrößen der Sozialversicherung gemäß der Einkommensentwicklung im vergangenen Jahr (2019) turnusgemäß angepasst.

› mehr in LEXinform 0457384 | **Sozialrecht**



Wirtschaftsrecht

Referentenentwurf zur Umsetzung der EU-Urheberrechtsrichtlinien vorgelegt

Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz, Pressemitteilung vom 13.10.2020

Das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz hat am 13.10.2020 den Referentenentwurf zur Anpassung des Urheberrechts an die Erfordernisse des digitalen Binnenmarkts veröffentlicht. Es handelt sich um die größte Urheberrechts-Reform seit zwei Jahrzehnten, die zugleich dazu dient, das Urheberrecht an die Erfordernisse des digitalen Binnenmarktes in der Europäischen Union anzupassen.

➤ **mehr in LEXinform 0457376 | Urheber-/Marken-/Patentrecht**



Zivilrecht

Reform für ein modernes und wettbewerbsfähiges Sanierungs- und Insolvenzrecht auf den Weg gebracht

Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz, Pressemitteilung vom 14.10.2020

Das Bundeskabinett hat am 14.10.2020 den von der Bundesministerin der Justiz und für Verbraucherschutz, Christine Lambrecht, vorgelegten Gesetzentwurf für eine Reform des Insolvenzrechts beschlossen. Der Entwurf sieht u. a. die Einführung eines Rechtsrahmens für Restrukturierungen vor, mit dem Insolvenzen abgewendet werden können. Davon können insbesondere auch Unternehmen Gebrauch machen, die infolge der Corona-Pandemie in finanzielle Schwierigkeiten geraten sind. Der Entwurf beinhaltet zugleich eine weitreichende Fortentwicklung des geltenden Sanierungs- und Insolvenzrechts.

➤ **mehr in LEXinform 0457383 | Zivilverfahrens-/Insolvenzrecht**



Wirtschaft

Branchen

Ifo-Konjunkturtest Einzelhandel

DATEV Redaktion LEXinform, Übersicht vom 26.09.2020

In LEXinform Wirtschaft stehen für 32 Branchen des Einzelhandels die Ergebnisse des ifo-Konjunkturtests für den Monat September 2020 zur Verfügung.

➤ **mehr in LEXinform 0179700**



Fragen und Kommentare

DATEV-Mitgliedern ist es gestattet, den LEXinform-Newsletter in unveränderter Form auf ihrer Kanzlei-Homepage zu veröffentlichen.

Die Newsletter-Ausgaben finden Sie auch in LEXinform. Produkthinweis: Nutzen Sie auch die wöchentlich erscheinende Zeitschrift "[LEXinform aktuell \(E-Paper\)](#)" oder "[LEXinform aktuell \(Print\)](#)" mit aktueller Rechtsprechung, Gesetzgebung, Verwaltungsanweisungen und Mehrwerten wie BFH-Kommentierungen, Praxisbeiträgen und Sonder-Rubriken (Lohn/Personal, Immobilien im Steuerrecht, Rechnungswesen, GmbH-Beratung und Für Kanzlei-Mitarbeiter). Weitere Informationen zu unseren Produkten und Leistungen finden Sie [hier](#).

Wenn Sie uns eine E-Mail schicken wollen, nutzen Sie entweder die "Antworten"-Funktion Ihres Mail-Programms oder senden Sie Ihre Nachricht an: lexinform@service.datev.de.

Bestellen/abbestellen

Falls Sie den LEXinform-Newsletter weitergeleitet bekommen haben und in Zukunft ebenfalls erhalten möchten, können Sie ihn hier kostenlos [bestellen](#).

Hier können Sie den Newsletter [abbestellen](#) oder [Ihre persönlichen Daten ändern](#).

Verantwortlich: Björn Boder

[Datenschutz](#) | [Impressum](#) © DATEV eG

Signatur

Diese E-Mail wurde mit einem Zertifikat der DATEV eG signiert. Damit können Sie sicher sein, dass die Nachricht so von uns gesendet wurde. Wenn Sie eine Meldung erhalten, dass die Signatur ungültig ist oder nicht geprüft werden kann, fehlt das Zertifikat zu dieser Signatur auf Ihrem Rechner. Informationen zu Zertifikaten und zur digitalen Signatur finden Sie unter www.datev.de/zertifikate im Internet.

Datenschutz

Informationen zum Umgang mit Ihren personenbezogenen Daten bei DATEV finden Sie unter www.datev.de/dsgvo-information.

DATEV eG
90329 Nürnberg

Telefon: +49 911 319-0

E-Mail: info@datev.de

Internet: www.datev.de

Sitz: 90429 Nürnberg, Paumgartnerstraße 6-14

Registergericht Nürnberg, GenReg Nr. 70

USt-IdNr. DE 133546770

Vorstand

Dr. Robert Mayr (Vorsitzender)

Eckhard Schwarzer (stellv. Vorsitzender)

Julia Bangerth

Prof. Dr. Peter Krug

Diana Windmeißer

Vorsitzender des Aufsichtsrates: Nicolas Hofmann